

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Europa im Schatten von Suez und Ungarn

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1957) : Europa im Schatten von Suez und Ungarn, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 37, Iss. 1, pp. 7-13

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/132401>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Europa im Schatten von Suez und Ungarn

Eine Unterhaltung unserer Auslandskorrespondenten über die weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Tendenzen

ENGLAND: Außenpolitik neu durchdenken!

Bei allem Gefühl für die Tragik von Sir Anthony Eden's Rücktritt, nachdem er den eigentlichen Sturm überstanden hat, kommt seine Ablösung durch einen als energischen Fachminister bekannten Kabinettskollegen für viele Engländer als eine Erlösung und Beruhigung, zumal sowohl der zurücktretende Premierminister wie sein Vorgänger Churchill für seine Betrauung eintraten. Als Mitglied des inneren Kabinetts teilt Macmillan Edens Verantwortung — und dem Vernehmen nach auch sein Temperament und seine Grundeinstellung; bei der Opposition und auch bei den jüngeren Mitgliedern seiner eigenen Partei findet er weniger Verständnis als sein Rivale Butler. Aber ihm wird nach englischem parlamentarischem Brauch zunächst eine Schonfrist zuteil werden, aus der das Land nicht weniger als die neue Regierung Nutzen ziehen kann.

Man merkt in England heute wenig von einer Neigung, die politischen Scherben des alten Jahres zusammenzukitteln. Wenn die neue Regierung der Stimmung im Lande folgt, wird sie den Scherbenhaufen kühn aus dem Weg fegen und die Gelegenheit zu der drastischen Revision ihrer Wehr- und Außenpolitik benutzen, an der die Experten schon geraume Zeit arbeiten. Die für englisches Empfinden selbstverständliche Konsequenz aus dem Fiasko war ein Schließen der Reihen, im Parlament wie auch im Lande. Vielen Briten brachte der blamable Ausgang der bewaffneten Intervention ein jähes Erwachen von unzeitgemäßen Träu-

men militärischer Macht; anderen eine nicht minder ernüchternde Erkenntnis der Grenzen von Commonwealth-Solidarität und atlantischer Allianz; wieder anderen eine allzu deutliche Bestätigung für den Niedergang britischen Prestiges und die Problematik einer auf friedfertige Abwicklung kolonialer Positionen und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den „erwachenden“ farbigen Völkern bedachten Politik — allen aber eine Mahnung, die Außenpolitik neu zu durchdenken.

Wenn selbständige militärische Operationen im Zeitalter weltweiter Spannungen und Allianzen diplomatisch verpönt und politisch unergiebig sind, so fragt in England mancher auch von denen, die bewaffnete Expeditionen nicht grundsätzlich ablehnen, warum dann einen größeren Rüstungsetat bestreiten, als dem Lande seiner Stellung im westlichen Paktsystem nach zukommt? Wenn die Verpflichtungen, die England aus der Führung des Commonwealth erwachsen, nicht einmal bei prominenten Mitgliedern dieses Staatenbundes Verständnis finden, warum dann die ganze Außenpolitik auf das Primat der in Wirklichkeit doch äußerst dubiosen Commonwealth-Einheit ausrichten? Wenn nun die Vereinten Nationen eine internationale Polizeitruppe und Bergungsflottille nach Ägypten entsenden, weshalb dann nicht die undankbare Rolle des Verkehrspolizisten auf internationalen Wasserstraßen, zu dem man sich selbst ernannt hat, an diese Weltorganisation übertragen?

Zwar bleiben die Verfechter einer „robusten“ Außenpolitik unbekehrt, sie finden aber weniger Anklang als vor ein paar Monaten. Auch das entgegengesetzte Extrem einer vermittelnden Politik, die zur Zeit des Bulganin-Chruschtschow-Besuchs manchem möglich schien, wird jetzt abgelehnt. Gemäßigte Elemente in beiden großen Parteien halten an der Freundschaft mit Amerika als axiomatischer Grundlage der britischen Außenpolitik fest, wollen sie aber nicht auf den NATO-Bereich beschränkt sehen. Sie möchten ebenso gern wie Dulles „den Suezkanal aus der Politik herausnehmen“ (und möglichst auch die Olfelder), sehen aber in der amerikanischen Verneinung der in England viel klarer erkannten politischen Erfordernisse ein Anzeichen bedenklicher Unkenntnis der Levante. Einige gerade der besten Kenner des Nahen Ostens glauben, daß letztlich amerikanische Stärke nur gepaart mit britischer Erfahrung Nützlichliches leisten könne.

Einstweilen ist man aber froh, mit der ganzen leidigen Angelegenheit nichts direkt zu tun zu haben, und denkt stattdessen an Probleme, die den heimischen Gestaden näher liegen. Rußlands Eingreifen im Nahen Osten und die blutige Niederschlagung der ungarischen Erhebung haben die Hoffnung auf eine Entspannung gründlich zerschlagen. Die jüngsten Ereignisse haben mehr als breite Argumente dazu getan, die Idee europäischer Zusammenarbeit zu popularisieren. Einige Politiker sehen in ihr einen Ansatz zur Schaffung einer den beiden Welt-

Alle in der Abteilung „Zeitgespräch“ veröffentlichten Beiträge sind freie Meinungsäußerungen von Persönlichkeiten aus Wirtschaft und Politik und von in- und ausländischen Mitarbeitern. Sie enthalten keine Stellungnahme der Redaktion und sind keine offiziellen Äußerungen der herausgebenden Institutionen.

giganten ebenbürtigen Dritten Macht, aber die meisten ihrer Befürworter halten ein Vertrauensverhältnis mit Amerika für eine westeuropäische Gemeinschaft nicht weniger nötig als für seine einzelnen Mitglieder; die politische Stärkung Westeuropas ist für sie deshalb nur ein sekundäres Resultat einer engen wirtschaftlichen Zusammenarbeit.

Die Initiative zu stärkerer Bindung an das kontinentale Westeuropa kommt denn auch von der Wirtschaft. Innerhalb der Regierung galten bisher Macmillan in seiner Rolle als Schatzkanzler und Thornycroft als Präsident des Handelsamts, also die Vertreter der Wirtschaftsressorts, als aktivste Vertreter einer solchen Politik, während das Auswärtige Amt sie als mehr oder weniger zwangsläufiges Korrelat zu der seit 1945 kontinuierlichen Ausdehnung und Präzisierung von Englands politischen und militärischen Bindungen an seine westlichen Alliierten ansieht. In der Privatwirtschaft unterstützen die Londoner Finanz- und Handelswelt und auch fast alle expansiv denkenden Industriezweige den Plan einer europäischen Freihandelszone, während sich eigentlich nur noch die auf den Inlandmarkt ausgerichteten Leichtindustrien durch Furcht vor verschärfter Konkurrenz abschrecken lassen. Viele divergierende Interessen müssen noch abgestimmt, viele auswärtige Bindungen bedacht, viele verschiedene Stellen konsultiert werden,



Wo fehlt eine?

Wir liefern alle Marken gegen bequeme Monatsraten, Anzahlung schon ab 4,- Postkarte genügt und Sie erhalten kostenlos unseren großen Schreibmaschinen-Ratgeber Nr. 573 J

NÖTHEL+CO Göttingen

aber die neue Regierung hat den guten Willen, so schnell wie möglich vorwärtszuschreiten.

Die positive Einstellung der britischen Wirtschaft zum Europa-Gedanken ist ein Ausdruck des letztlich stark gewachsenen Vertrauens in die eigene Wettbewerbsfähig-

keit. Auch im neuen Jahr wird der Absatzrückgang daheim die Mittel für verstärkte Ausfuhr und damit für eine neue Konjunkturankurbelung, vielleicht noch vor dem Sommer, freisetzen. Nachdem die erzwungene Nachfragestagnation zu der notwendigen Konsolidierung der vorangegangenen Absatzexpansion und zu weiterer Forcierung der produktiven Investitionen genutzt worden ist, fehlt es jetzt nicht an Rufen, vor allem aus der Dauerkonsumwarenindustrie, ein drohendes Umschlagen der Disinflation in eine Deflation durch Milderung der Kreditverknappung und -verteuerung zu verhindern. Vielleicht werden sich auch die Gewerkschaften dieses Arguments bedienen. Der neuen Regierung und weiten Bevölkerungskreisen erscheint aber eine Stabilisierung des Preisniveaus, die vor der Suezkrise in greifbare Nähe gerückt war, dringender als vor-

beugende Maßnahmen gegen eine noch nicht bestehende Deflationsgefahr; denn wenn auch die Außenhandelsbilanz der britischen Wirtschaft, von jeher der stetigste Bestandteil der Sterlingbilanz, gesund ist, so sind die preislichen Auswirkungen der Suezkrise noch nicht ganz abgefangen.

Der Kampf gegen die schleichende Inflation ist und bleibt die Hauptsorge der britischen Wirtschaftspolitik. Sie erfordert von der Regierung Verständnis für die Nöte der Bevölkerung, von Wirtschaft und Gewerkschaften ein hohes Maß von Disziplin. Nachdem das Unheil des Suezabenteuers allen die Augen über das unbedingte Erfordernis einer gesunden Wirtschaft für eine erfolgreiche Außenpolitik geöffnet hat, darf man auf eine Lösung dieses für Großbritannien lebenswichtigen Problems für dieses Jahr hoffen. (A)

FRANKREICH: Expansion muß erhalten bleiben!

Der Wirtschaftspessimismus, der im Anschluß an die Suez- und Erdölkrise durch die französische Presse zog, wurde von den Wirtschaftskreisen kaum geteilt. Wohl selten bestand in der Beurteilung der Lage ein so deutlicher Unterschied zwischen der von der Presse gebildeten öffentlichen Meinung, den Wirtschaftskräften und in gewissem Sinne auch dem tatsächlichen Verhalten der einzelnen, die zwar während einer kurzen Periode zu Hortungskäufen schritten, sich jedoch im ganzen gesehen recht normal verhielten und von der bisherigen Linie des Optimismus kaum abwichen. Jedenfalls brachten November und Dezember weder eine Verlangsamung der Wirtschaftstätigkeit noch eine Entspannung des überbeanspruchten Arbeitsmarktes, der nicht einmal eine saisonmäßige Entlastung erfuhr. Keine Industrie meldete eine ernste Einschränkung ihrer Tätigkeit. Dabei wäre manchen Wirtschaftssachverständigen der Regierung eine kleine Deflationskrise zur Bekämpfung der Inflationsgefahr keineswegs unerwünscht gewesen.

Es ist schwer abzuschätzen, welche Verluste die Suezaffäre Frankreich zufügte. Bezeichnenderweise hielten sich in den ersten elf Monaten 1956 die französischen Einfuhren aus Ägypten auf dem Vorjahresstand bei einem empfindlichen Rückgang der Ausfuhren, die allerdings 1955 die ägyptischen Zahlungsmöglichkeiten unnatürlich überstiegen. Der französische Warenverkehr mit den anderen mittelöstlichen Ländern entwickelte sich mit neuen Exporterfolgen in Irak und Arabien recht befriedigend. Andererseits hat noch niemand die französischen Kapitalanlagen in Ägypten auch nur teilweise abgeschrieben. Es sind daher keine Zahlen über die zu erwartenden Substanzverluste erhältlich. Im übrigen war der Handel Frankreichs mit Mittelost stets stark passiv. Es gab dort nur zwei wichtige Positionen: Ägypten und Libanon. Bei Ägypten glaubt man, daß es langfristig für seine Baumwollausfuhr trotz aller Ressentiments auf Frankreich angewiesen sein wird, während Libanon weiterhin auch im politischen Verhältnis eine Sonderstellung einnimmt.

Politisch wurden durch die Suezkrise die französischen Europabestrebungen zweifellos gefördert. In breiten Kreisen erkannte man die engen Grenzen einer selbständigen Aktionsfähigkeit und gab mehr gefühlsmäßig als verstandesmäßig denjenigen Recht, die schon lange behaupten, nur ein geeintes Europa vermöge im Weltkonzert seiner Stimme noch einigermaßen Gehör zu verschaffen. Die Europagegner wurden zwar nicht zu Europafreunden, sie haben sich aber in eine Resignation geflüchtet, die für die weitere Entwicklung wenigstens für die nächste Zeit günstig ist, so daß die Ratifizierung der in Brüssel vor der Fertigstellung stehenden Europaverträge unter normalen Voraussetzungen in den kommenden Monaten als gesichert angesehen werden darf.

Wirtschaftlich sollte die Suezkrise zu keiner Belastung der französischen Europapolitik werden. Vorläufig vereinzelte Stimmen weisen zwar darauf hin, daß sich der gemeinsame Markt allein in einer Periode der Hochkonjunktur verwirklichen lasse und jede Krisenerscheinung, ja sogar jede Stagnation dem Protektionismus neuen Auftrieb gebe. Dieses Argument findet nur geringes Echo, einerseits weil in Frankreich trotz allem ein starker Wirtschaftsoptimismus überwiegt und niemand ernstlich an eine Krise denken will, andererseits aber auch im Hinblick auf die sehr lange Verwirklichungsfrist des gemeinsamen Marktes, der nach Ansicht seiner Verteidiger schließlich auch Krisenzeiten zu überwinden haben wird. Beachtlich ist die gerade in Wirtschaftskreisen während der letzten Monate sich immer stärker durchsetzende Überzeugung von der Unabding-

barkeit des europäischen Wirtschaftszusammenschlusses, dessen Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit innerhalb der französischen Industrie kaum noch zur Diskussion steht. Soweit Bedenken verbleiben, betreffen sie so gut wie ausschließlich die zu wählende Methode und die für Frankreich zu fordernden Sonderbestimmungen während der Übergangszeit. Selbst wenn die Suezkrise 1957 die französische Konjunktur abbremsen sollte, würde sich hieraus kaum eine Störung der Europapolitik ergeben, stets unter der Voraussetzung, daß die Ratifizierung der Brüsseler Verträge vor Beginn des Sommers erfolgt, denn langfristige Voraussagen sind bei der bekannten politischen Labilität Frankreichs nicht möglich.

An den entscheidenden Gegebenheiten der französischen Wirtschaftsstruktur änderte sich übrigens durch die vorübergehende Erdölverknappung wenig. Drei Probleme bleiben im Vordergrund: Expansion, Stabilität und Zahlungsbilanz. Die Expansion gehört zu den wichtigsten Voraussetzungen für die Gesundung der Wirtschaftsverhältnisse, denn allein ein dynamischer Produktionsapparat vermag die erforderlichen Modernisierungsanstrengungen zu unternehmen und die nicht mehr leistungsfähigen Betriebe auszuschalten. Die ständige Steigerung des Umsatzes ist ferner zur Beseitigung der kostspieligen Übersetzung des Verteilungsapparates und zur Herstellung erträglicher Preisverhältnisse erforderlich. Außerdem erwartet Frankreich in den kommenden Jahren infolge seines starken Geburtenanstieges einen viel stärkeren Zugang an Jugendlichen, die organisch in den Produktionsprozeß

einzuordnen sind und die ohne eine dynamische Wirtschaftspolitik vor einer sehr schwarzen Zukunft stehen. Schließlich ist die Expansion der einzige Weg, um die Steuerlast bei den fast schicksalhaft anwachsenden Staatsausgaben zu verringern.

Inflationsgefahr und Devisenkrise laufen mit der Expansion parallel. Die französischen Exporte bleiben hinter den Einfuhrerfordernissen der Wirtschaft zurück. Eine ähnliche Erscheinung führte in der Bundesrepublik 1950 zu einer schweren Zahlungskrise. Nur verfügte damals Deutschland, in Anknüpfung an eine lange Tradition, über einen Exportelan, den sich Frankreich erst noch mühevoll erwerben muß, was im Augenblick ausgezeichneter Binnenkonjunktur und regelmäßiger Vollbeschäftigung nicht leicht ist. Hierin darf man noch viel stärker den Schlüssel für die wirtschaftliche Zukunft des Landes erblicken als in der Eindämmung von Inflationstendenzen, die in ähnlicher Art in anderen Ländern zu beobachten sind und sich infolgedessen verhältnismäßig leicht international kompensieren lassen. Zur devisenmäßigen Finanzierung seiner weiteren Expansion sollte Frankreich übrigens auf internationale Kredite zurückgreifen. Hinter diesen Erfordernissen, die durchaus natürlichen wirtschaftlichen Gegebenheiten entsprechen, tritt die Suezaffäre deutlich als sehr vorübergehende Episode zurück.

Frankreich befindet sich seit einigen Jahren auf dem Wege der strukturellen Gesundung, es kann und darf sich keinen Rückschlag leisten, wenn es nicht seine mühsam erworbene Stabilisierung erneut aufs Spiel setzen will. (fr.)

VEREINSBANK IN HAMBURG

ÄLTESTE HAMBURGER GIROBANK

ZENTRALE: HAMBURG 11, ALTER WALL 20-30, TELEFON 341015
22 FILIALEN UND ZWEIGSTELLEN IN GROSS-HAMBURG, CUXHAVEN UND KIEL

NIEDERLANDE: Prinzipielle Kompromisse als Friedensgarantie

Die internationale Stellung der Niederlande und die Arbeit ihrer Vertreter in den zahlreichen internationalen Gremien wird durch die stark gewandelte internationale Situation bestimmt. Hundert Jahre haben die Niederlande den Neutralismus zur Doktrin ihrer Außenpolitik gemacht. Als sich nach dem zweiten Weltkrieg zwei große Weltmächte herausgebildet hatten und die Niederlande von einem Kolonialreich zum dichtest bevölkerten und einem der kleinsten europäischen Staaten geworden waren, hielten die aufeinander folgenden Regierungen es für erforderlich, diesen Neutralismus preiszugeben.

Der Angriff der Russen auf das ungarische Volk hat das Rechts- und Menschlichkeitsempfinden des niederländischen Volkes derart verletzt, daß das Volk spontan reagierte: Wer den sowjetischen Angriff nicht restlos ablehnt, ist aus der Gesellschaft ausgeschlossen; im Rotterdamer Stadtparlament wird den kommunistischen Abgeordneten nicht mehr geantwortet; die Hilfeleistungen des niederländischen Volkes an die ungarischen Flüchtlinge erreichen ein Ausmaß, das dem ihrer Hilfe für die eigenen Landsleute bei der großen Wasserkatastrophe von 1953 ähnlich ist.

Die Reaktion auf die Suezaffäre dagegen war überlegter und weit weniger gefühlsmäßig bestimmt. Selbstverständlich mußte die wirtschaftliche Seite der Suezkrise für die Schiffahrtsnation der Niederlande von größter Bedeutung sein. In praktisch allgemeinem Einvernehmen sangen die niederländischen Vertreter in New York im britisch-französischen Chor mit Ressentiments wie in Frankreich und auch in Großbritannien spielten dabei jedoch in den Niederlanden keine Rolle. Andererseits haben sich die Holländer in Erinnerung an die im Krieg entstandenen Wirtschaftsbindungen dem amerikanischen Standpunkt gegenüber aufgeschlossener gezeigt als die Engländer und Franzosen. Schließlich sind ja England und Frankreich nicht nur dem amerikanischen Machtspruch ge-

wichen. Die ganze Aktion war infolge der inneren Schwäche der Kombination nicht so erfolgreich verlaufen, wie man gehofft hatte.

In den Niederlanden, die traditionell ein starker Vorkämpfer der internationalen Zusammenarbeit sind, sieht man die jüngsten Geschehnisse in einem weiten Rahmen. Es ist die allgemeine Überzeugung des Volkes und der Regierung, daß die internationalen Organisationen unentbehrlich für eine weitere internationale Verständigung und der Grundpfeiler für eine bessere Zukunft sind, und man ist bereit, sie nach besten Kräften zu unterstützen. Auch maßgebliche Stimmen aus Kreisen der Wirtschaft weisen darauf hin, daß Ungarn und Suez deutlich gemacht haben, daß die Welt sich nun einmal ständig fortentwickelt, daß diese Fortentwicklung eine dynamische und zeitgemäße Anschauungsweise erfordert und daß die dabei auftauchenden Probleme

nicht länger vereinzelt gelöst werden können. Es mag ein vielleicht befremdender, aber doch ein zwingender Gedanke sein, daß die Menschheit in eine Situation geraten ist, in der nur noch prinzipielle Kompromisse einen Ausweg bieten können. Das bedeutet, daß die Lösung von Problemen — auf internationalem wie auf nationalem Niveau — tatsächlich nur dann möglich ist, wenn die grundsätzliche Bereitschaft vorhanden ist, sich gemeinsam zu beraten, entgegengesetzte Standpunkte einander anzunähern, gemeinsam nach einem Vergleich zu suchen. Ungarn und Suez haben der Welt gezeigt, daß das Nichtvorhandensein einer solchen Gesinnung heute oder morgen zu einer neuen Katastrophe führen kann. Das niederländische Volk, und insbesondere die Wirtschaft, sind der unumstößlichen Überzeugung, daß Politik und Wirtschaft von morgen gemeinsame Beratungen und eine enge Zusammenarbeit zur Lösung der Probleme erfordern. (-e)

ITALIEN: Innerpolitische Konsequenzen

Die Auswirkungen der politischen Ereignisse in Ungarn und Ägypten haben in Italien völlig verschiedenartige Reaktionen ausgelöst: Während die Vorfälle am Suez in erster Linie wirtschaftlich beurteilt wurden, hat die Erhebung der Ungarn ausschließlich eine politische Wirkung gehabt, deren Bedeutung für die Entwicklung der linksextremen Parteien nicht unterschätzt werden darf. Sie wird noch manches Nachspiel nach sich ziehen.

Entgegen allen Erwartungen wurde Italien von den wirtschaftlichen Störungen, die sich vielerorts in Europa im Gefolge der Suezaffäre zeigten, verhältnismäßig wenig in Mitleidenschaft gezogen, obwohl die Lage zunächst in Anbetracht des beträchtlichen Handelsverkehrs mit dem Osten und der verkehrspolitischen Lage Italiens im Suezverkehr recht bedenklich aussah.

Da Italien für etwa 30% seines Energiebedarfs auf das Erdöl angewiesen ist, hat im ersten Augenblick die Erdölversorgung zu den

schlimmsten Befürchtungen Anlaß gegeben. Trotzdem war die so plötzlich entstandene Situation für Italien nicht so kritisch wie für Frankreich und England, da die im Mittelmeerhafen Sidon mündende Transarabian-Pipeline weiter fließt und von italienischen Transportern angezapft werden darf. Da inzwischen Lieferabkommen mit den USA und der Sowjetunion abgeschlossen worden sind, scheint das Versorgungsproblem bis auf weiteres gelöst zu sein. Daß diese Erdölimporte zu höheren Preisen und zum Teil in Hartwährung bezahlt werden müssen, was an den mühsam angesammelten Gold- und Dollarreserven zehrt, ist schmerzlich, aber nicht zu vermeiden. Provisorisch hat man auch die Verteilung der Mehrkosten auf dem Inlandsmarkt gelöst: rd 50% werden auf die Benzinverbraucher abgewälzt, während die restlichen 50% vom Staat getragen werden, so daß die als Heizöle und Brennstoffe verwendeten Schweröle keine Preissteigerung erfahren.

Daß die sich aus der Erdölversorgung abzeichnenden Schwierigkeiten so rasch behoben werden konnten, ist auch der Elastizität der italienischen Industrie zu verdanken, die zum großen Teil aus Mittelbetrieben besteht. Das zeitweilige Ausbleiben eines so lebenswichtigen Rohstoffes wie Erdöl konnte das Wirtschaftsgefüge zwar vorübergehend stören, aber nicht lähmen.

Da allerseits Ruhe bewahrt wurde, haben weder die Kapitalflucht noch die Erhöhung der Wechselkurse noch das Steigen des Goldpreises und der Inlandspreise ein Ausmaß angenommen, das wie seinerzeit bei der Koreakrise Anlaß zu Befürchtungen hätte geben können. Die Statistiken zeigen zwar ein Ansteigen der Lebenshaltungskosten und der Großhandelspreise, das über die kürzliche Erhöhung der Frachtraten und Versicherungsprämien hinausgeht. Diese überproportionale Steigerung ist aber wohl eher auf die Inflationstendenzen, die sich schon seit langem bemerkbar machen, als auf eine weltwirtschaftliche Panik zurückzuführen. Die Nachfrage ist in einem normalen Verhältnis zum Angebot geblieben, und auch für 1957 sind keine Gleichgewichtsstörungen zu erwarten.

Was den Außenhandel betrifft, so ist allerdings zu befürchten, daß die Nachwirkungen der Krise nicht auf die Zeit der Unterbrechung des Suezverkehrs beschränkt bleiben, sondern die Ausfuhr nachhaltig hemmen werden. Die Erhöhung der Frachtraten und Versicherungsprämien hat nämlich automatisch zu einer Verteuerung der Erzeug-

nisse geführt, die bei den Exporten teilweise auf den Käufer abgewälzt werden mußte. Diese Lage hat es der amerikanischen und der asiatischen Konkurrenz ermöglicht, bei manchen Geschäften die italienischen Firmen aus dem Felde zu schlagen. Von diesen Nachwirkungen dürften auf die Dauer besonders die chemische Industrie, ferner die Maschinenindustrie und die Textilindustrie betroffen werden. Das für 1956 auf 600 Mill. Lire veranschlagte Defizit der Handelsbilanz wird also weiterhin ansteigen, während die Einkünfte aus dem Fremdenverkehr und aus den Auswanderer-Rimessen beim Anhalten der bedrohlichen politischen Lage entsprechend abnehmen werden. Die Auswirkungen auf den Hafenerverkehr in Genua, Neapel und besonders Triest sind nur zu offensichtlich, obwohl ein großer Teil der Linienschiffe auch heute noch in diesen Häfen anlegt, was wohl darauf zurückzuführen ist, daß man in absehbarer Zeit mit einer Wiedereröffnung des Kanals rechnet. Es hat sich allerdings zeitweise ein fühlbarer Schiffsräumemangel gezeigt, der die Ausfuhr ebenfalls behindert hat.

Jedenfalls kann man damit rechnen, daß ein großer Teil der Schwierigkeiten, die die italienische Wirtschaft unmittelbar betroffen haben, mit der Wiedereröffnung des Suezkanals behoben sein wird. Anders ist es mit den Problemen, die auf die gespannte internationale Lage zurückzuführen sind und die nur durch eine allgemeine politische Entspannung aus der Welt geschafft werden können.

Die politische Seite der Ereignisse im Nahen Osten wurde von den Vorfällen in Ungarn, die den Italienern geographisch und menschlich näher liegen, überschattet. Während alle nicht links-extremen Kreise die russische Intervention unbedingt verurteilt haben, wurde von der Kommunistischen Partei zunächst eisiges Schweigen bewahrt. Die ihr nahe stehende Gewerkschaft CGIL hat es dann als erste gewagt, sich auf die Seite der ungarischen Arbeiter zu stellen. Der kürzlich abgehaltene Kongreß der Kommunistischen Partei hat gezeigt, daß die Kritik am russischen Vorgehen auch in den eigenen Reihen laut wird. Das wird bestätigt durch den Ausschluß von Senator Reale, der bisher eine bedeutende Rolle in der Partei gespielt hatte, sowie durch den Austritt mehrerer der kommunistischen „Intelligentsia“ angehörender Mitglieder. Es dürfte allerdings fraglich sein, ob diese Spannungen den „Partito Comunista Italiano“ zu einem neuen Kurs bestimmen werden, da Togliattis Sowjettreue außer Zweifel steht. Hingegen hat Nenni, der Führer des mit der Kommunistischen Partei in der Volksfront verbundenen „Partito Socialista Italiano“, die Gelegenheit benutzt, die ihm seinerzeit als Stalinpreis geschenkten Gelder dem Roten Kreuz zugunsten der ungarischen Flüchtlinge zu übergeben. Es liegt nicht außerhalb der Möglichkeiten, daß er den Zeitpunkt für gekommen hält, die schon lange von ihm gewünschte Trennung der beiden Parteien zu verwirklichen und ein Bündnis mit der Sozialdemokrati-

Vertrauenssache

ist die Beratung in Geldangelegenheiten. Der Bankfachmann gibt Auskunft, wie man Geld, das man nicht für den täglichen Bedarf braucht, vorteilhaft anlegt

COMMERZ- UND DISCONTO-BANK

AKTIENGESELLSCHAFT

Hauptverwaltung Hamburg · 56 Geschäftsstellen in Norddeutschland

schen Partei Saragats einzugehen. Für 1957 lassen sich also bedeutende Verschiebungen auf der innenpolitischen Ebene voraussehen.

Die Vorfälle der letzten Monate haben wieder einmal recht deutlich gezeigt, wie anfällig das heutige Westeuropa auf wirtschaft-

lichem und politischem Gebiet ist. Es wäre falsch, diese Tatsache zu verschweigen. Es muß aber auch herausgestellt werden, daß die italienischen Regierungen seit 1945 alles unternommen haben, um eine europäische Einheit mit allen Mitteln zu fördern. (G.F.)

ÖSTERREICH: Aktive Hilfe für Ungarn

Es bedarf wohl keiner Erklärung, daß die Katastrophe in Ungarn unter den politischen Ereignissen der letzten Monate für uns an erster Stelle steht. Uns stockte der Herzschlag, als am 4. November 1956 morgens 8.15 Uhr der ungarische Sender unvermittelt seine Sendungen abbrach und kurz darauf völlig verstummte. Und dann kamen schon die Flüchtlinge, deren Zahl inzwischen auf 150 000 angewachsen sein mag. Es ist eine bittere Ironie, daß sie in dem Österreich Schutz fanden, dessen Kaiser vor 110 Jahren die Russen zur Niederschlagung der ungarischen Revolution ins Land rief. Vettern, Cousins und Bekannte und wer sonst unsere Adresse erfahren hat, haben uns aufgesucht und uns ihre Not geklagt.

Das Unglück des ungarischen Volkes bewegt uns Österreicher nicht nur deswegen so sehr, weil es unser Nachbarvolk ist und weil ein Brand vor unseren Grenzen nur allzu leicht auf Österreich übergreifen kann, sondern weil es uns die Schicksalsgemeinschaft wieder lebendig werden ließ, die nun einmal zwischen Österreich und den Völkern im Südosten besteht. Weitblickende Männer erkannten schon im vorigen Jahrhundert, daß das Ende der Donaumonarchie zur Vorherrschaft der Russen im Donaunraum führen mußte, und die Zerschlagung Deutsch-

lands hat den letzten Schutz niedergerissen. Wir wissen aus der Geschichte, daß Ungarn sich immer aus der Fremdherrschaft erhoben hat, wir wissen aber auch, daß eine Neuordnung im Südosten eng mit der Bereinigung der Deutschlandfrage verbunden ist.

Wenn die Arbeiter, die Schoßkinder einer Volksdemokratie, und die von ihr gehätschelte und gesiebte Hochschuljugend zu den Bannerträgern des Aufstandes gegen das Regime geworden sind, so ist es klar, daß keine Reaktion, sondern eine echte Revolution vor sich gegangen ist. Die Umwälzung der letzten Jahrzehnte, die gewaltsame Industrialisierung, die Dezimierung der früher staatstragenden Schichten kann nicht mehr rückgängig gemacht werden. Mag die sowjetische Herrschaft mit Gewalt aufrechterhalten werden, das stalinistische System wird sich nicht wieder aufrichten lassen. Aus den Parallelen, die sich früher in Jugoslawien, kürzlich in Polen abzeichneten, wird man den Schluß ziehen können, daß das Vorfeld der Sowjetunion politisch neue Züge annehmen wird, nachdem es sich wirtschaftlich schon weitgehend gewandelt hat.

Es wäre aber falsch, dem für die ungarische Nation so ruhmreichen Aufstand ein zu großes politisches Gewicht in der Richtung einer Auflösung des Ostblocks beizulegen.

Er mag der großen Politik neue Perspektiven verliehen haben, aber schließlich mußte er daran scheitern, daß die Weltpolitik für ihn noch nicht reif war. Vielleicht kommt dem wirtschaftlichen Kontakt bei der Umformung des sowjetischen Vorfeldes eine größere Bedeutung zu, die sich auch politisch auswirken kann. So hat man natürlich auch in Wien Spekulationen darüber angestellt, wie man die ohnehin starke Stellung Österreichs im Osthandel noch ausbauen kann. Erfordert nicht der Aufbau Ungarns Lieferungen, die nur aus dem Westen kommen können? Verstand es nicht Tito immer wieder, die Lücken seiner Handelsbilanz mit neuen Krediten zu schließen, so daß er zu einem gesuchten Handelspartner wurde? Auch der noch starke Westhandel Polens wird noch einen Aufschwung erfahren. Wird nicht selbst in der Sowjetunion von einem gesteigerten Konsumgüterbedarf gesprochen! Das sind Erwägungen, die heute kühn sein mögen, denen man aber reale Chancen nicht absprechen kann.

Das neutrale Österreich mußte in den Tagen der Ungarnkrise erkennen, auf welch schwachen Füßen seine allseits anerkannte Neutralität in Wirklichkeit steht. Selbst bei noch größeren Ausgäben für das Bundesheer hätte es über keinen wirksamen Schutz verfügt. Der österreichische Rundfunkhörer, der die verzweifelten Appelle der Aufständischen an die UNO und an die westliche Solidarität hörte, hat sich wohl nicht immer klar gemacht, daß wohl nur durch die Ablehnung einer Intervention der Frieden erhalten geblieben ist.

Österreich hat in der Ungarnhilfe ein Höchstmaß an Aktivität entwickelt, ohne sich in seinem militärisch neutralen Status etwas zu vergeben. Es hat ernste Vorstellungen an die Moskauer Adresse und Resolutionen an die UNO gerichtet. Aber vor allem hat es den Flüchtlingen materiell geholfen, wo es nur konnte. Im Lichte dieses Neutralitätsbegriffs, an dessen Klarstellung man in Wien entschlossen arbeitet, ist auch unsere Einstellung zu einer europäischen Integration zu sehen.

Angesehenes Londoner Exporthaus sucht
EXPORTVERTRETUNG
deutscher Hersteller für
LONDON und ÜBERSEE

Offerten mit näheren Einzelheiten an
G. M. WILSON, LONDON, E. C. 2,
Cophall House, 13 Cophall Avenue

Der Suezkonflikt hat Österreich nur am Rande gestreift. Man hofft, daß gerade dieser Konflikt Europa zur Besinnung auf die Aufgaben führt, die dem Kontinent gestellt sind, nämlich seine politische und wirtschaftliche Integration. Über die europäische Integration ist in den vergangenen Jahren so viel gesprochen worden, daß an ihre Verwirklichung schon niemand mehr glaubte. Ubereinstimmende Berichte der österreichischen Beobachter bei internationalen Konferenzen deuten aber auf einen Stimmungsumschwung hin. Auch in Österreich beschäftigt man sich wieder eingehend mit diesen Fragen. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten unseres Landes liegen in der Enge seines Marktes. Der Abbau einer gewissen protektionistischen Autarkiepolitik, wie sie sich in den letzten Jahren entwickelt hat, wird aber manche Opfer erfordern. So wird auch Österreich auf die Einräumung von Zugeständnissen für die Übergangszeit angewiesen sein.

Wenn man noch vor einem Jahr daran gezweifelt haben mag, ob der Neutralitätsstatus Österreich von einer Zusammenarbeit mit dem Westen abziehen werde, so hat die ungarische Revolution alle Zweifel beseitigt. Gerade die starke Solidarität Österreichs mit den Völkern des Donauraums hat zu der Erkenntnis geführt, daß diese Solidarität mit der Rückenbedeckung durch den Westen bewiesen werden kann. (ly)

Dr. Ludwig Dischler, Hamburg

Europäische Befriedung: Rückkehr des Saargebiets

Ein dokumentarischer Überblick

Im Rahmen des Versailler Friedensvertrages (Art. 45-50) kam es bereits nach dem ersten Weltkrieg zur Bildung des Saargebietes oder, wie die offizielle Bezeichnung damals lautete, des „Saarbeckengebietes“ („Bassin de la Sarre“). Dieses Wirtschaftsgebiet setzte sich aus Teilen der preußischen Rheinprovinz und der bayrischen Pfalz zusammen und wurde auf die Dauer von 15 Jahren dem Völkerbund als Treuhänder unterstellt. Das Eigentum an den Kohlengruben und das Recht auf alleinige Ausbeute gingen an Frankreich über. Es handelt sich beim Saargebiet um ein Territorium, dessen Herauslösung aus dem Deutschen Reich weder historisch noch ethnisch gerechtfertigt war. Historisch haben wohl einige kleinere Teile des Saar-

Große Konzeptionen und ihre reale Bedeutung

Wenn wir am Jahresende den Rückblick nicht erhebend fanden, so ist die Vorausschau am Jahresanfang nicht viel ermutigender. Es ist inzwischen allerhand geschehen, aber der gehetzte Mensch findet es nicht so beruhigend. Wenn die akute Katastrophe behoben zu sein scheint, so war der Preis auch nicht niedrig.

Am wichtigsten im Rahmen der neuen weltpolitischen Konzeptionen ist die Eisenhower-Doktrin. Aber was steht dahinter? Zunächst ein erhobener Zeigefinger, wie bei so vielen weltpolitischen Resolutionen der USA. Aber hinter dem Zeigefinger stehen Atombomben, und das ist für uns wenig beruhigend. Mögen die Ermächtigungen des Präsidenten noch so vorsichtig gehalten sein, wir wissen aus Erfahrung, mit welcher katastrophalen Automatik sich ein Prestigeverlust in solchen Garantien auswirken kann. Aber was hätte man sonst tun können, nachdem das für Ägypten lebensnotwendige Assuan-Projekt zu teuer schien und nachdem die europäische Nahostpolitik so kläglich scheiterte. Europa hätte der wirtschaftlich und politisch prädestinierte Partner der arabischen Ländergemeinschaft sein können, wenn nicht die Mißdeutung dieser europäischen Aufgabe das Vertrauen in eine konstruktive Europapolitik erschüttert hätte. Das europäische Desaster im Nahen Osten war der eine Preis für die Vermeidung der Katastrophe. So mußte dieses Vakuum — sicher nicht zu Nehrus Zufriedenheit — mit einer amerikanischen Deklaration ausgefüllt werden.

Aber auch die Europapolitik hat einen schweren Schlag erhalten. Der Regierungswechsel in London drückt eher ein Bedauern des Fehlschlags im Nahen Osten aus, als daß er für eine Hinwendung zum Kontinent überzeugend sein könnte. Wenn wirtschaftliche und politische Kreise in Frankreich und in England heute einer Europapolitik geneigter gegenüberstehen, so ist das eher das Ergebnis eines Katzenjammers als einer ehrlichen Überzeugung. Und das macht für uns, die wir gutwillig auf die Wiedergeburt des europäischen Gedankens gehofft hatten, die neue Konstellation doppelt peinlich, denn wir wissen, daß eine freundliche Nah- und Mittelostpolitik eine echte europäische Aufgabe ist.

Auch die Agonie in Ungarn ist ein Preis, den wir für die Vermeidung der Katastrophe zahlen. Wir können nur hoffen, daß diese Saat später reift. Heute ist der Todeskampf Ungarns weder ein Ruhmesblatt für die Sowjets noch für uns.

Die Eisenhower-Doktrin hätte ebenso gut wie den Nahen und Mittleren Osten auch Europa decken können. So bleibt das Arrangement mit dem Osten wieder uns überlassen. Die Idee der „verdünnten Zone“ mag ein konstruktiver Beitrag zu diesem Arrangement sein. Nur dürfte die amerikanische Auslegung dieser regionalen Abgrenzung, die auch Gebiete Polens und der Tschechoslowakei umfaßt, ohne die Rechnung des Wirtes gemacht sein. Die schweren Erschütterungen, die die Sowjetunion gegenwärtig in ihrem Machtgefüge erlebt, dürften sie zur Annahme eines solchen Projekts nicht bereitwillig stimmen. In kleinerem Rahmen dürfte aber diese Konzeption eine realpolitische Bedeutung erlangen, die vielleicht auch durch den Ausbau der deutsch-sowjetischen Handelsbeziehungen untermauert werden könnte.

gebietes vorübergehend unter französischer Herrschaft gestanden, die Bevölkerung ist jedoch immer deutsch gewesen und hat deutsch empfunden, wie die Volksabstimmungen 1935 und 1955 bewiesen haben.

Französische Ansprüche

Der Grund für die Herauslösung dieses Wirtschaftsgebietes aus dem Deutschen Reich war sowohl nach dem ersten Weltkrieg als auch nach dem zweiten Weltkrieg der gleiche: Die wirtschaftspolitische Stärkung des verhältnismäßig kohlenarmen Frankreichs und somit die Herstellung eines gewissen Gleichgewichtes zu seinem deutschen Nachbarn. Zum Beispiel beträgt im Rahmen der Europäischen Gemein-